

## Der Wille zum Programm.

Von

Georg Bernhard.

Die nächste Woche wird von ganz außerordentlicher Bedeutung für das Schicksal des Deutschen Reiches sein. Die Parteien des Reichstages und insbesondere die Vereinigung der Mehrheitsparteien werden die Entscheidung darüber haben, ob an die Stelle der bisherigen passiven Kriegspolitik eine aktive Politik gesetzt werden soll, die dem Ziele, ohne unnötigen Zeitverlust das Ende des Krieges zu erreichen auf Grund eines fest umrissenen außenpolitischen Programms, aufstrebt. Für diese Entscheidung wird von beinahe ausschlaggebender Bedeutung die Fraktionsführung sein, die morgen die Zentrumsparlei abhält. Wie an dieser Stelle neulich bereits betont worden ist, trägt das Zentrum eine besonders schwere Verantwortung für die augenblickliche Regierung. Der Reichskanzler Graf Hertling hat seinerzeit sein Amt ausdrücklich auf Grund der Zustimmung der Mehrheitsparteien angetreten. Inzwischen hat von den Mehrheitsparteien mindestens die Sozialdemokratie keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das alte Vertrauen der Regierung Hertling nicht mehr entgegenbringen kann. Dieses Vertrauen hat sie bisher allerdings nur recht platonisch bekundet. Sie hat selbst keinen Vertreter in die Regierung entsandt, sondern sich damit begnügt, Herrn v. Payer als ihren Vertrauensmann zu bezeichnen. Sie hat sich an diese Vertrauensbekundung insofern bisher gebunden erklärt, als sie im Parlament keine feindseligen Handlungen gegen die Regierung unternahm. Aber sie hat immerhin bei der Abstimmung über die Friedensverträge sich der Stimme enthalten, und sie hat im weitesten Umfange Kritik geübt.

Der praktische Erfolg dieser Haltung der Sozialdemokratie mußte natürlich sein, daß in den von ihr vertretenen Massen immer stärker ein gewisses Mißtrauen gegen die Regierung sich durchsetzte, das auch in der sozialdemokratischen Presse vielfach recht deutlich zum Ausdruck kam. In der Zwischenzeit ist nun aber die innere Kraft des deutschen Volkes durch die verschiedensten Ereignisse einer besonders schweren Belastungsprobe ausgesetzt worden, und es kann für die Folge nicht mehr genügen, daß die Sozialdemokratie im besten Falle als Gönner außerhalb der Regierung steht. In den Kreisen der sozialdemokratischen Partei scheint ja nun erfreulicherweise die gleiche Erkenntnis wach geworden zu sein. Man darf es wohl als sicher betrachten, daß sie unter gewissen Umständen bereit wäre, durch Entsendung von Vertretern in die Regierung die volle Mitverantwortung zu übernehmen. Dadurch würde eine wirkliche Einheitsfront hergestellt werden. Ueber die Bedingungen, unter denen die Sozialdemokratie ihre Bereitschaft zum Eintritt in die Regierung erklären will, ist ja nun in den letzten Tagen verschiedenes veröffentlicht worden. Aber ihre hauptsächlichste Voraussetzung dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach doch sein, daß ein Wechsel in der Regierung stattfindet. Und ob ein solcher Wechsel im gegenwärtigen Augenblick möglich ist, darüber liegt die Entscheidung einzig und allein bei der Zentrumsfraktion.

Der Reichskanzler Graf Hertling ist ein Zentrumsmann. Wenn das Zentrum sich geschlossen hinter ihn stellt, so ist an einen Wechsel im Reichskanzleramt nicht zu denken. Denn schon beginnen gerade die rechtsstehenden Parteien sich zum Kampfe für Hertling zu rüsten. Sie würden natürlich mit ganz besonderer Freude für ihn eintreten, wenn sie dadurch die Mehrheit zu sprengen vermöchten. Und darüber kann gar kein Zweifel bestehen, daß eine Unterstützung des Grafen Hertling durch die rechtsstehenden Parteien und das Zentrum gemeinsam eine Sprengung der Mehrheit bedeutet. Gewiß nicht theoretisch. Die interfraktionellen Besprechungen bleiben bestehen. Die Mehrheitsparteien werden weiter miteinander beraten. Aber diese Beratungen können zu einem praktischen Ergebnis, zu einer Durchsetzung einheitlicher Kriegsziele unter keinen Umständen mehr unter den veränderten Verhältnissen führen. Wenn dagegen in ihrer morgigen Sitzung die Zentrumsfraktion sich für einen Regierungswechsel ausspricht, so unterliegt es gar keinem Zwei-